

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

170 (25.7.1919)



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablofen oder am Postkasten monatlich 1.80 M., vierteljährlich 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 1 und 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Reklamenseite od. deren Raum 25 A., zugl. 80 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 9 vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

### Die Tagungsdauer der Nationalversammlung.

G. Sch. Weimar, 22. Juli.

Die zweite Lesung des Verfassungswerkes ist heute beendet worden. Beim vorletzten des 173. Artikel umfassenden Werkes kam es zu einer zwar kurzen, aber außerordentlich interessanten Debatte. Der Artikel 172 bestimmt nämlich, daß bis zum Zusammentritt des Reichstags die Nationalversammlung als Reichstag gilt. Die Konservativen und die Unabhängigen, also die Juncker und die sogenannten Weltrevolutionäre, unternahmen einen Vorstoß in der Richtung, es solle bestimmt werden, wenn die Tagungsdauer der Nationalversammlung erlischt. Beide Parteien sind bekanntlich bei den Wahlen gar nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die preussischen Reaktionen bekamen die wohlverdienten Siege und die Herren Unabhängigen, die von einem großen Siege geträumt haben, brachten es auf nur 22 Mann. Beide Parteien hoffen nun, daß die letzten Monate die Stimmung der Wähler zu ihren Gunsten umgestellt haben, speziell die Unabhängigen glauben, bei einer baldigen Neuwahl die Früchte ihrer Heftigkeit gegen die Sozialdemokratie ernten zu können. Die Konservativen hegen ähnliche Hoffnungen, aber sie haben dabei noch ganz andere Absichten: sie glauben, wenn die Nationalversammlung recht bald zu Ende geht, dann wird die Sozialisierung nicht in Angriff genommen. Sie finden die Juncker Suffizienz bei der deutschen Volkspartei (den ehemaligen Nationalliberalen), denn ihr Mitglied, der Präsident des Bundes, Herr Nieber, kündete heute in einer der Steuerkommissionen bereits Obstruktion gegen die Steuererhebung an. Die Konservativen fürchten aber von einer längeren Tagungsdauer auch ein weiteres Fortschreiten auf dem Wege des freiheitlichen Ausbaus des Reiches und sie glauben, daß sie mit der eingeleiteten scharfen Heranziehung des Besitzes die landwirtschaftliche Bevölkerung aufpeitschen und für reaktionäre Zwecke einfangen können.

Dazu kommt noch, daß die Reaktionen weiter erhoffen, daß nach einer Neuwahl die Sozialdemokratie stark geschwächt, in der Regierung also ferner keine ausschlaggebende oder einflussreiche Stellung mehr einnehmen werde. Und die Reaktionen würden dafür mit Vergnügen eine Erstarbung der Unabhängigen sehen, die bei einer bürgerlichen Mehrheit der Regierung fern bleiben würden, so daß die Sozialdemokratie nur ganz schwach, wenn überhaupt dann noch in der Regierung vertreten wäre. Im Hintergrunde steht dann eine Regierungskoalition, die die Konservativen, das Zentrum und die ehemaligen Nationalliberalen bilden könnten und auch bilden würden. Ein etwaiges Erstarben der Unabhängigen bei einer bald vorzunehmenden Wahl wäre auch sonst den reaktionären Zwecken recht nützlich. Endlich spekulieren die Reaktionen auf den jetzt in voller Heftigkeit tobenden Bruderkampf innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft. Wer wollte und könnte sich darüber täuschen, daß bei einer recht bald eintretenden Wahl in vielen Kampfbereichen und in den Großstädten ein toller Kampf der Arbeiter gegeneinander Lausache werden würde. Ist doch heute Tag zu beobachten, daß Unabhängigen und Kommunisten beinahe ihre ganze Kraft und alle ihre Leidenschaften, der ganze von ihnen aufzubringende Haß in erster Linie und hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie gilt. Die Reaktion und die kapitalistischen Gegner der Arbeiterschaft haben bei den Unabhängigen jetzt gute Tage. Wie famos und profitabel für die Juncker, für großkapitalistische und sonstige Volksfeinde, wenn im nächsten Wahlkampf die Sozialisten einander in mörderischem Bruderkampfe die Schenkel einschlagen, die naturgemäße Folge müßte sein: erhebliche Schwächung des Einflusses der Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung und die Regierungsbildung, Stärkung aller antisozialistischen Kräfte und Parteien, Schonung der privatkapitalistischen Gesellschaft.

So finden sich, wie so oft in der Nationalversammlung, die Unabhängigen mit den schlimmsten Reaktionen zusammen, wenn auch aus verschiedenen Motiven. Die Unabhängigen beantragten, daß die Wahlen zum Reichstag bis spätestens zum 18. Januar n. J. vollzogen sein sollen; die Sünder stimmten ihnen allein zu. Gewiß sind auch wir Sozialdemokraten durchaus der Ansicht, daß so bald als möglich die Wähler abermals befragt werden müssen. Die Nationalversammlung hat unbesritten nur die Aufgabe, das Reich neu zu fundamentieren, ihm eine Verfassung zu geben, die Steuermittel zu schaffen, die für den enormen ersten Bedarf notwendig sind, die Sozialisierung so einzuleiten, daß Grundlegendes geschaffen wird.

Endlich muß die Nationalversammlung die neue Wirtschaftspolitik auf eigene und gebrauchsfähige Füße stellen, die auch eine Anzahl von Fragen und Aufgaben erledigen, die mit dem Friedensschluß zusammenhängen. Das muß die Nationalversammlung tun, dazu ist sie gemacht worden. Würden einzelne dieser wichtigen und dringenden Aufgaben dem später zu wählenden Reichstage überwiegen, sind die schädlichsten Komplikationen unausbleiblich. Das neue Parlament muß sich erst wieder einarbeiten und eine Durchsicht der Verhältnisse der Parteien kann sehr leicht dazu führen, daß die jetzt eingeleitete Einigung

und systematische Fundamentierung des neuen Staatswesens aufs schwerste gestört wird. Werden aber von der Nationalversammlung auf inner- und außerpolitischem Gebiete, auf dem der Wirtschaft, der Sozialpolitik, des Steuerwesens usw. grundlegende Gesetze geschaffen, so muß auf ihnen weitergebaut werden, Neubauten sind dann nicht mehr oder nur schwer möglich. Neubauten in gesetzgeberischer Beziehung, die nach Wahlen eintreten, auf die die Reaktion und die Unabhängigen große Hoffnungen setzen, würden den Massen des arbeitenden Volkes große Enttäuschungen und schwere Nachteile bereiten.

Wir fordern, wie unser neuer Artikel über die Nationalversammlung beweist, nicht nur grundlegende, sondern auch rasche Arbeit und wir wollen, daß sie nicht einen Tag länger als geboten zusammenbleibt. Aber wenn jemals, dann würde hier überstürzter Eifer Schaden anrichten. Die werktätigen Volksmassen wollen und fordern jetzt und zunächst mit Fug und Recht Nahrungsmittel, Sicherung des Friedens, Arbeitsgelegenheit, Sicherstellung der Lebensmöglichkeit der Kriegswitwen, der Kriegsinvaliden, Kriegerverwundeten und der Zurückgebliebenen vom Schlachtfelde der Arbeit und nicht zuletzt, daß der geradezu erschreckende Steuerbedarf des Reiches in erster Linie unter dem Gesichtspunkt aufgebracht wird, daß die Besitzenden gebührend herangezogen werden. Keinesfalls die Nationalversammlung, dann werden sich die Wähler sehr gern noch eine Weile gedulden, ehe sie wieder an die Wahlurne treten. Und für die Wähler kann es nur von Vorteil sein, für das Volk und die Zukunft nur vom größten Nutzen sein, wenn sie bei der Wahl eine immerhin abgeschlossene parlamentarische Arbeit vor sich haben, die ein weit treffenderes Urteil über die Parteien nach der Revolution gestattet. Und endlich müssen in Deutschland Ruhe und Ordnung wirklich eingeführt sein, ehe wir an einen Wahlkampf herangehen können, der von der allergrößten Heftigkeit werden wird. Mögen also Juncker und Unabhängige aus Sonder- und aus engherzigen Parteinteressen recht baldige Wahlen fordern, die Nationalversammlung wird hoffentlich sich dadurch nicht beeinflussen lassen, sofern die Aufgaben der Verammlung und das Wohl des Volkes der Erfüllung der Forderung entgegenstehen.

### Der Wiederaufbau Frankreichs.

Man kann es den Franzosen nicht verdenken, wenn sie darauf bestehen, daß Deutschland durch die Stellung von Arbeitskräften an dem Wiederaufbau Frankreichs mitarbeitet. Wir können auch gar nichts Besseres tun, als unser starkgejuntes Ansehen bei den Völkern der Welt wieder aufzurichten, als wenn wir tatkräftig alles daran setzen, um möglichst schnell die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, auch bei unsern Feinden wieder zu heilen. Bei all dem Glend, das uns der Friedensvertrag bringt, dürfen wir nie vergessen, daß Frankreich unter dem Krieg auch unendlich schwer gelitten hat, daß seine fruchtbarsten und industriereichsten Gegenden in ein elendes Trichterfeld verandelt worden sind. Ein baldiger Wiederaufbau würde am besten dazu führen, daß der Geist der Verdünnung die Völker wieder erfüllt und der Haß, den dieser unglückliche Krieg hervorgerufen hat, wieder verschwindet.

Für Deutschland wird es eine sehr schwere Aufgabe sein, die nötigen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau Frankreichs zu erhalten. Wir haben zwar Arbeitslose genug. Aber werden viel Familiendäter bereit sein, freiwillig nach Frankreich zu gehen und Weib und Kind hier allein zu lassen? Kann man Männern, die vielleicht erst vor kurzem zu ihrer Familie zurückgekehrt sind, überhaupt derartiges zumuten? Es muß dafür gesorgt werden, daß in erster Reihe die jüngeren, unüberheirateten Leute nach Frankreich hinübergehen, um dort das Werk des Wiederaufbaues zu übernehmen.

In der „Voss. Zig.“ macht Matthieu Schwan, Köln, den Vorschlag, ein Arbeitsdienstjahr für alle jungen Leute von 18 bis 20 Jahren einzuführen und diese auf Grund der Dienstpflicht eingezogenen Leute nach Frankreich zu senden. Uns erscheint dieser Gedanke durchaus erdögenwert. Senden wir die jungen Leute nach Frankreich hinüber, so werden Arbeitsplätze für arbeitslose Familiendäter frei, und es werden nicht so viele unserer Familiendäter Frau und Kinder zu verlassen brauchen. Ohne Disziplin würde es freilich dabei nicht abgehen, doch darf nicht etwa bei diesem Arbeitsheer der militärische Kadavergehorsam wieder eingeführt werden.

Für eine ausreichende Entlohnung der jungen Leute müßte gesorgt sein. Selbstverständlich müßte die Dienstpflicht die Angehörigen aller Volksschichten ohne Unterschied erfassen, auch diejenigen, die sich geistigen Berufen widmen wollen. Für diese wäre es zweifellos sehr gut, wenn sie aus eigener Erfahrung lernen würden, was körperliche Arbeit bedeutet. Der Zeitpunkt, zu dem sie ihr Studium vollendet hätten, würde dadurch allerdings hinausgeschoben werden, aber das wäre kein Unheil, weil ja so viele unsre akademischen Kurse überfüllt sind und die Studierenden meist lange warten müssen, ehe sie eine Existenz finden. Außerdem würde es für die weniger Bemittelten von ihnen von Nutzen sein, wenn sie ein Jahr lang ihren Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen könnten.

Ob man diese Dienstpflicht beibehalten soll, wenn der Wiederaufbau Frankreichs vollendet ist, ist eine Frage, die später zu lösen sein würde. Wir könnten uns denken, daß auch dann die Dienstpflicht beibehalten wird und die Dienstpflichtigen zu solchen Arbeiten verwendet würden, die es nötig machen, daß große Arbeitermassen fern von ihrem Wohnort beschäftigt werden, wie z. B. beim Bau von Talsperren, Kanälen usw. Selbstverständlich würde die Einführung einer solchen Dienstpflicht für unsre jungen Volksgenossen ein Opfer bedeuten, aber es kann nur gut sein, wenn wir unsre Bevölkerung nachdrücklich an den Gedanken gewöhnen, daß der einzelne für die Gesamtheit Opfer bringen muß, damit unser Volk wieder in die Höhe kommt.

### Die Ratifikation des Friedensvertrages in Frankreich.

Bern, 24. Juli. Nach Meldungen aus Paris hat sich der Friedensausschuß der französischen Kammer mit allen bürgerlichen Stimmen entsetzt für die Ratifikation des Friedensvertrages ausgesprochen. Die sozialistischen Mitglieder des Ausschusses blieben der Abstimmung darüber fern. Die französische Kammer wird sich nunmehr Anfang nächster Woche mit der Beratung der Ratifikation beschäftigen und sie voraussichtlich am nächsten Mittwoch zum Abschluß bringen.

Bern, 24. Juli. Nach einer Zusammenkunft der „Daily Mail“ belaufen sich die Schadenersatzforderungen der Alliierten auf insgesamt 355 Milliarden, von denen 200 auf Frankreich, 100 auf Großbritannien und 55 auf Belgien entfallen.

### Revolution in Kroatien?

Budapest, 24. Juli. Das Ungarische Corr. Büro erhält von verschiedenen Orten der Demarkationslinie Meldungen über den Ausbruch der Revolution in Kroatien. Die Serben verjagen die kroatischen Revolutionäre durch Militär niederzuhalten. An mehreren Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen besagen, daß kroatische Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik ausgerufen und für die ungarische Regierung demonstriert hätten. Stellenweise haben die Kroaten die Demarkationslinie überschritten und sich mit den roten Soldaten verbündet.

### Demission des türkischen Kabinetts.

Konstantinopel, 24. Juli. (Sabas.) Der Großvezir hat die Demissionen des Kabinetts überreicht. Adid Scherif Pascha wurde mit der Neubildung beauftragt. Mit Ausnahme von Lewif Pascha und Tazet Pascha sind die Minister ohne Portefeuille aus dem Ministerium verschwunden. Der Scheif ul Islam und die Minister der Finanzen, des Unterrichts und frommen Stiftungen behalten ihre Portefeuilles, ebenso die übrigen Minister. Krieg: Nazim Pascha, Marine: Salil Pascha, Justiz: Mutapha Bei, öffentliche Arbeiten: General Abut Pascha, Inneres: Abil Bei.

### Zum englischen Arbeiterstreik.

London, 23. Juli. Reuters. Bonar Law teilte im Unterhaus mit, die augenblickliche Lage in den Kohlenbergwerken sei die: sechs Bechen sind verlossen, 17 Bechen in Gefahr zu verlaufen. Der Streik hat sich in Derbyshire ausgebreitet und in zwei Schächten wurden die Pumptarbeiten eingestellt; dadurch befinden sich die Schächte in Gefahr. In Lancashire und Nottinghamshire ist die Lage unverändert. In Nordwales befindet sich noch ein großer Teil der Arbeiter im Ausstand.

Amsterdam, 23. Juli. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Durch den Kohlenmangel wird die Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und des Betriebs der Untergrundbahn nötig. Außerdem hat der Kohlenkontrollleur den Händlern eine Verordnung zugehen lassen, die bestimmt, daß eine Familie nicht mehr als zwei Zentner Kohlen erhalten darf. Der Streik hat auf einige Kohlenfelder von Nottinghamshire übergriffen. In Lancashire sind wieder 8000 Mann an die Arbeit gegangen. In Widdlands müssen immer mehr Fabriktriebe wegen Kohlenmangels eingestellt werden. Möglicherweise werden alle Textilfabriken schließen müssen. In Bradford sind 3000 Wollweber ohne Arbeit. In Grimsby liegen die Fischdampfer still und auch in Hull leiden die Schiffer ernstlich.

### Unruhen in Straßburg?

Offenburg, 25. Juli. Ueber schwere Unruhen in Straßburg sind der „Offenburger Zeitung“ Nachrichten übermittelt worden, nach denen es am Dienstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem französischen Militär und der Zivilbevölkerung kam. Anlaß war: der Streik der Straßenbahner. Um den Verkehr aufrecht zu erhalten, hatten französische Offiziere und Unteroffiziere die Bedienung der Wagen übernommen, was zu gewaltiger Erbitterung in der Arbeiterschaft führte. Sie bombardierten die Straßenbahnwagen mit Steinen und zerstörten die Leitungsdrähte. Bei dem Zusammenstoß soll ein Offizier und einige Soldaten getötet und mehrere hohe französische Persönlichkeiten mißhandelt worden sein. Flugblätter wurden verteilt, die für eine Selbständigkeit des ehemaligen Reichslandes eintraten. Allem Anschein nach ist die Stimmung der Straßburger Bevölkerung sehr erbittert.



# Badischer Landtag.

39. öffentliche Sitzung.

Gr. Karlsruhe, 24. Juli.

Präsident Kayf eröffnet die Sitzung um 8.40 Uhr.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Finanzminister Wirth:

daß das gestern von ihm genannte Defizit von 7 Millionen Mark sich nur auf die allgemeine Staatsverwaltung besog. Neben dem hierzu noch die Beträge für Erhöhung der Lohnsätze, Feuerungszulagen usw., so kommt man auf 146,2 Millionen, wozu noch weitere 17 Millionen für Senkung der Lebensmittelpreise kommen werden. Demnachst werden die genauen Uebersichten im Druck vorgelegt werden.

Abg. Glöckner (Dem.) betont, daß er sich nur an das halten könnte, was der Finanzminister in seiner Rede vom 2. Juli erklärte. Wenn ein Mißverständnis entstanden sei, so läge die Schuld nicht an ihm.

Abg. Markloff fragt an bezügl. der Durchführung der Pensionierung der Beamten über 65 Jahre und wie es sich verhält, daß Gruppen von Staatsbeamten sich durch Verabredung Sonderrechte verschaffen.

Finanzminister Wirth:

Die Staatsverwaltung hat am Anfang des Jahres beschlossen, daß die Staatsbeamten mit 65 Jahren pensioniert werden sollen. Ausnahmen können nur bei triftigen Gründen vorgenommen werden. Sonderrechte für einzelne Beamtengruppen gibt es hierbei nicht. Die Maßnahme wird also durchgeführt. Es kann vorkommen, daß sich Professoren bei Versetzungen Vorbehalte machen. Die Entscheidung liegt jedoch dann beim Staatsministerium.

Zur Tagesordnung steht die  
Interpellation betr. Brennmaterial.

Abg. Frau Fischer (Sog.):

Die Bevölkerung sieht dem kommenden Winter mit großer Sorge entgegen. Wir wissen, daß unsere Brennstoffversorgung für die Bevölkerung eine sehr schwierige ist. Es ist uns wohl bekannt, daß die Industrie Kohlen braucht; denn Kohlenstoff bedeutet Arbeitsnot. Zu wünschen wäre, daß die Versorgung mit elektrischer Energie für die Industrie früher gefördert wird, damit Gas und damit auch Kohle im Interesse der Bevölkerung gespart wird. Es ist weiter zu wünschen, daß die Bevölkerung mit trockenem Holz versehen wird, wenn leider auch der Holzbrand für die städtische Bevölkerung viel zu teuer kommt. Willen Sie sich die Frage stellen, ob die Holzgewinnung mehr Beachtung verschaffen. Es besteht heute gewisse Zweifel über die gleichmäßige Verteilung. Deshalb ist die

Kommunalisierung des Kohlenhandels

anzustreben. Bei den Bädereien könnte durch Zusammenlegung viel Kohlen gespart werden. Der Preis der Kohlen steht heute in gar keinem Verhältnis mehr zum Wert des Materials. Ich möchte in dieser Hinsicht anfragen, welches ist der Preis der Kohlen ab Grube und wieviel Speien kommen dazu. Auch bezüglich der Qualität des Kohlenmaterials sind Wünsche übrig. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Bevölkerung genügend Brennmaterial erhält. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister Kemmele:

Wir gehen zweifellos in der Kohlenversorgung dem schwersten Winter

entgegen, den wir je erlebt haben; denn wir müssen mit dem Ausfall der Saar Kohlen, linksrheinischer Gebiete rechnen. Hierzu kommen die großen Streiks, die die Förderung stark herabdrücken. Dieser Ausfall läßt sich nicht mehr bedenken. Der Förderungsanstieg wird auf über 3 Millionen Tonnen berechnet. Hierzu kommt die Transportmittelmangel. Auch die Abgabe von Erzeugnissen an die Entente geht sich sehr schwer an. Angesichts der ungenügenden Mengen konnte bis jetzt eine Zuteilung für den Hausbrand noch nicht gedacht werden. Auf unsere Vorstellung sind uns 300 Tausend auf Lieferung gemacht worden. Die amtlichen Verteilungstellen werden ständig bedrängt. Die Regierung und Landesbehörden stehen es an Bemühungen nicht fehlen. Es wird kaum gelingen, die Zentralheizungen in Privatwohnungen mit genügend Kohlen zu versehen. In den letzten Monaten ist die Nachfrage nach Holz gewaltig gestiegen. Auch die Industrie verlangt Holz zur Verfeuerung. Die Frage der ausreichenden Brennholzversorgung hängt mit der Entwicklung auf dem Kohlenmarkt zusammen. An die noch nicht versorgten Gebiete werden demnachst noch erhebliche Mengen Brennholz zugeführt werden. Auf alle Fälle werden die Vorräte knapp sein. Die Frage der Holzgewinnung wurde geprüft und sind diesbezügliche Unterhandlungen zur Inangriffnahme von Holzgewinnung eingeleitet. Die Frage der Zusammenlegung der Bädereien

## Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten  
Der leichte Wagen flog lustig dahin. Weiße Schwäne flogen auch lustig über das Land. Mitte Oktober. Aber heute merkte man es der Natur gar nicht an, daß sie traurig war über ihre kühnende Jugend. Die Sonne lachte noch einmal freundlich, nicht wie im Sommer — da tat sie noch —, aber wie in einem guten April. Klar wie reines Glas war die Luft. Man konnte noch weiter sehen als sonst, als sei der Horizont in weiter Ferne gerückt. In den Klagen von Dryborovo flüsterte ein Windchen und schaukelte die reifen Fruchtschoten.

Der See von Misterslo, an dessen hinterem Sandspiegel sich das kleine Städtchen mit der großen Kirche um den freistehenden Glockenturm wickelte, wurde gekräuselt von Wellen und Wellchen. Milchiges Weiß schimmerte auf dem hart tiefblauen, himmelsternen Boden; der mutwillige Wind hatte darin Schaum geschlagen. Kräftigen Odem hauchten das letzte Grün der Weiden und die schon wieder neu angelegten, feingedrückten Acker aus. Der Abender, der sonst, dicht beim Städtchen, die Luft verpestete, hatte heute nicht in Arbeit.

Ganz oben auf der Himmelshöhe tummelten sich ungeschickliche, weißwollige Wölkchen gleich Klammern, die auf der Weide springen; und wie ein Aufpuffer stand schon der blaue Schwanenflugel Halbmond bei ihnen.

„Gut, gut!“ Mit dem gellenden Zuruf, den sie diehundertmal im Felde gehört hatte, feuerte Kornelia ihre ruffischen Schellen an. Fast wäre Inspektor Hoppe überfahren worden, der vom Städtchen her dem Wagen entgegen kam. Er war auf der Post gewesen und so vertieft in Briefschaften, die er sich abgeholt hatte, daß er gerade vor die Pferde rannte.

Kornelia rief sie nach oben zurück.  
„Mia kratz!“ und brummte dann ein „Dämela!“ bei seinem Gruß.

Er war in den Weggraben gesprungen; mit trübem Ausdruck sah er dem Wagen nach, dann ging er langsam weiter

zwecks Kohlenparnis wird bei den Landes- und bei den Reichsbehörden geprüft, doch bestehen infolge der verringerten Machtbefugnisse heute größere Schwierigkeiten als früher. Eine Einwirkung auf die Schindelfatspreise für Kohlen ist für die Bundesstaaten nicht möglich. Die Gaswerke in unseren größeren Städten sind zur Zeit jeweils nur auf 2 Tage mit Kohlen versehen. Wir sind mit Kohlen außerordentlich schlecht bestellt. Hierzu kommt die Forderung der Entente, jetzt schon mit Kohlen versehen zu werden. Wie es da mit der Kohlenversorgung werden soll, läßt sich denken.

Abg. v. Gleichenstein (Str.) bittet, daß dafür gesorgt wird, daß Kohlen als Hausbrand in unser Land kommen. Die Landespreistabelle treibt die Preise in die Höhe. Der freie Handel in Holz muß wieder eingeführt werden.

Abg. Maier-Heidelberg (Sog.):

Die kommende Kohlenknappheit geht aus den mir vorliegenden Heidelbergern Bissen hervor. Wir waren in Heidelberg sehr knapp rationiert und erhielten noch weniger tatsächlich geliefert. Hieraus kann man ersehen, wie es im kommenden Winter wird. Hierzu kommt die Knappheit an Transportmitteln. Es stimmt, daß die Streiks hauptsächlich an der Kohlenknappheit sind. Die Hauptschuld liegt jedoch am

Mausbau an den Bergwerken.

Es wurde herausgeholt, was herauszuholen war. Sie wurden vollständig ausgepumpt. Wir brauchen Jahr und Tag, um die Folgen dieses Mausbaues auszumergen. Das Hauptgeschick muß gegenwärtig auf den Abbau der Braunkohlen gerichtet sein, weil diese fast ganz zu Tage liegen und deshalb am leichtesten zu fördern sind. Auch in der Produktion des Koks kann noch manches getan werden. Aus ansehnlich großkapitalistischen Gründen wurde während des Krieges das Anerbieten der Gaswerke auf Gasföhrleitung abgelehnt. So führten uns eine Reihe von Ursachen in die heutige Katastrophe. Kernen können wir dies nicht; jedoch manches bessern. Eine größere Einheitsfront wäre notwendig. Es werden zu viel Kohlen auf dem schlechthandelswege verschoben. Jede Gemeinde sollte die Kontrolle über den gesamten Verbrauch der Kohle ihrer Gemeinde haben. Für Lebensmittel, Wein, Kigarten kann man Kohlen bekommen, soviel man will. Dies könnte geändert werden. Die Kohlenförderung wurde auch zu sehr nach Gründen der Reichspolitik statt nach Gründen der Zweckmäßigkeit betrieben. Die tatsächlichen Eigentümer der Kohlenhandlungen sind zu meist die Kohlengröndlungen. Der Staat an den Preisen wird von allen Seiten gedrückt; so kommen dann die hohen Kohlenpreise zustande. Wenn wir die Kohlenversorgung und die Preisgestaltung bessern wollen, müssen die Gemeinde, der Lieferungsverband die ganzen Mengen in die Hand bekommen und sie nach Grundlage der drückenden Verhältnisse verteilen. Auch müssen die Brennstoffe rationeller ausgenutzt werden. Ich freue mich, daß die Regierung in Aussicht stellte, daß Torf gewonnen wird; doch müßte hier ein rasches Tempo eingeschlagen werden. Was die Holzfrage betrifft, so ist diese in Baden glücklich gelöst; hier hat die Landesbrennstoffstelle gut gearbeitet. Wir unterstützen die Landesbrennstoffstelle in ihrem Bestreben, die Preise für Holz mäßig zu gestalten. Aus den Domänenabgaben ließe sich sehr wohl noch in der Nähe der Städte Holz herausheben. Wenn es hierbei an Arbeitern mangelt, so muß man über diese Schwierigkeiten hinwegkommen; denn wir sind im kommenden Winter auf Holz mehr angewiesen als jemals. Die Regierung muß sofort Maßnahmen treffen, um Brennstoffe herbeizuschaffen und in gerechter Weise zu verteilen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Biernestel (Str.) weist auf die Beschaffung von Kohlen für die Schulen im Winter hin.

Abg. Müller-Karlsruhe (Zentr.) weist auf die Verhältnisse von hohen Preisen und den letzten Arbeiterforderungen hin.

Ministerialdirektor Fuchs weist auf die Bemühungen der Regierung zur Ausbesserung der Moore in Baden für Brennmaterial hin.

Abg. Engelhardt (Str.) wendet sich gegen die Zwangsverwirklichung. Die Freigabe des Holzes sollte jetzt erfolgen. Die Zwangsmassnahmen sollten befristet werden.

Abg. Schön (Dem.) wünscht im Anschluß an die Ausführungen des Abg. Maier, daß die Kommunalverbände die Zentrale werden, die den Bedarf an Brennmaterial regeln. Der Landesbrennstoffstelle ist der Dank für ihre gute Arbeit auszusprechen. Ich bin gegen eine Freigabe des Holzhandels im jetzigen Stadium. Denn dann würden die Leute, die viel Geld haben, das Holz bekommen und andere würden schlecht versorgt werden. In Freiburg müssen bei der dortigen Verfeuerung drückende Ursachen vorliegen. Wir müssen daran denken, die Bahnen zu elektrifizieren, um Kohlen zu erübrigen.

Minister Kemmele teilt mit, daß die Regierung eine Zentrale für Ueberwachung der Versorgung der Industrie mit Kohle schaffen wird. Ich wundere mich, daß heute noch jemand Aufhebung der Zwangswirtschaft des Holzes wünscht, nachdem bekannt ist, wie groß die Brennstoffnot ist. Bei freiem Verkehr mit

Brennstoffen würde es nicht möglich sein, die Kinderbewilligten mit Brennstoffen zu versorgen. Die eigene Notwendigkeit zwingt zur Zwangswirtschaft. Die Schwierigkeiten in Freiburg entstanden dadurch, daß der dortige Stadtrat die Möglichkeit nicht ausnützte, die Holzversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Die Schwierigkeit liegt auch vielfach darin, daß sich die Landgemeinden weigern, zum festgesetzten Preise Holz abzugeben zu lassen. Es ist falsch, daß für bewirtschaftetes Holz Wucherpreise genommen werden. Es ist unwahrscheinlich, daß amerikanische Kohle zur Lösung an den Unternehmern kam.

Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abg. Meßes (Str.) Most (Str.), v. Gleichenstein (Str.), Minister Kemmele, Frau Fischer-Karlsruhe (Sog.), die für die Holzfrage eintritt, wird die Debatte geschlossen.

Es folgt die Behandlung einer Reihe  
Petitionen.

Ueber die Petition des Gewerbe- und Handwerkervereins, daß um Ueberwindung des Submissionsverfahrens wird zur Tagesordnung übergegangen, da die Regierung einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorlegen wird, die Petition des Universitätslehrers A. Gamber in Heidelberg wird als erledigt erklärt; die Petition des A. Bärner in Reichart wird durch die Regierungsverwaltung ebenfalls als erledigt erklärt über die Petition des Reichsbreitereis A. Treiber in Speikheim wird zur Tagesordnung übergegangen mit dem Wunsch, den Antragsteller in seiner Stelle zu belassen. — Die Petition der Angestellten der Kohlengröndlung M. Stromer in Konstantz gegen die Sozialisierung des Kohlenhandels wird als erledigt erklärt, da ihre Voraussetzungen irrtümlich sind.

Ueber die Petition des Bezirksvereins Baden im deutschen Arbeiterverbande, die vor der Kommunalisierung des Fleischgewerbes warnt, sowie über die Petition des Handelsschulvereins Schöpfer-Schönau in Zell gegen Vergemeindung und Verzicht von Raubman- und Verunreinigung beantragt die Kommission Ueberlegung zur Tagesordnung da im jetzigen Moment die Zwangswirtschaft nicht entbehrt werden kann.

Gegen den Kommissionsantrag wendet sich ein mittlerweile eingelaufener Antrag Frau Fischer (Str.) u. Gen., der Kenntnisnahme empfiehlt.

Abg. Most (Str.) begründet den Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme. Der Redner wendet sich gegen die Sozialisierung, da diese den Untergang des Mittelstandes bedeute. — Die Abg. Gerstner (Dem.), Spang (Str.), Mayer-Karlsruhe (Deutsch-Nall.), Strauß (Str.) schließen sich den Ausführungen und dem Antrag Most an und wünschen Freigabe des Holzes.

Abg. Müller-Schopfheim (Sog.) wendet sich gegen den Antrag Most und stellt fest, daß sich die bürgerlichen Redner allesamt gegen die Sozialisierung wenden.

Minister Kemmele stellt fest, daß eine Verschärfung des Gesetzes zu befürchten sei, wenn der Handel freigegeben werde. Die landwirtschaftlichen Organisationen haben beschlossen, die Holzversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Willen Sie nicht, wenn der Verband aus dem öffentlichen Holzverkauf bei der Allgemeinheit bleibt. Wer behauptet, daß die Landwirtschaft bereit ist, unter den Höchstpreisen zu verkaufen, der soll solche Enempele auf den Tisch des Hauses legen. Wir sind davon, die Zwangswirtschaft für Holzversorgung aufzuheben. Wir hoffen, daß sie dann nicht der Regierung Prügel geben, wenn die Kinderbewilligten hierüber kein Objt mehr bekommen.

Nach weiteren Bemerkungen des Ministerialdirektors Fuchs, der Abg. Meßes (Str.), Spang (Str.), Spengler (Str.) betont

Abg. Maier-Heidelberg (Sog.), daß die Nachteile der Kriegsgesellschaften mit den Kriegsjahren zusammenhängen. Dies ist keine Kommunalisierung. Was jetzt ertritten wird, das ist Prodigien und Konventionen unter Ausschaltung des Zwischenhandels einander näher zu bringen. Dies hat mit Erhaltung des Mittelstandes gar nichts zu tun. Wir begrüßen es, wenn in die verschiedenen Verhältnisse eine Organisation hinein kommt.

Abg. Meisch (Sog.) weist darauf hin, daß der parlamentarische Ernährungsbeirat auf eine Ermäßigung der Preise hinwirkt, während Herr Weichhaupt für eine Erhöhung der Preise war. — Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag Most auf Ueberweisung der Petition zur Kenntnisnahme wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger bürgerlicher Abgeordneter angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 4 Uhr. — Tagesordnung: 2. Lesung des Steuergesetzes, Meliorationsgesetz, fünftes Nachtragsetz. — Schluß der Sitzung: 12.25 Uhr.

## Erwerb des badische Staatsbürgerrecht!

—, dann hängt man sein Herz an ein Stüchlein Erde und es war ein dunkleres Land, dieses Land von Dryborovo. Nie hatte es ihn enttäuscht. Wo gab es so schweren Weiden, so zuckerhaltige Milchen? Keines der Güter ringsum konnte konkurieren, und wenn Herr Kefner ewig klagte, so geschah das mehr aus Angewohnung.

Der Inspektor blühte sich und raffte eine Handvoll Erde vom nächsten Acker. Das war schwarze, gut gebäunte, Krume. Den Schwanz, der auf sie niedertrifft, hätte sie reichlich wieder. Und hier sollte er sein Werk herumwandern — wenn es auch oft mit milden Föhren gedöckert — hier die Winterkalt sollte er nicht mehr aufgehen, nicht mehr fett grünen sehen unter dem Schnee!

Ein Schmerz ohne gleichen bewegte sein einfaches Herz, und zugleich übermannte ihn die Bitterkeit. Er hobte den Beständen — wußte der denn eigentlich, was Liebe ist? Ja, wenn Gemeinreden, um doppelt herauszupressen, wenn das Liebe ist, dann Redte Kefner in der Zeit von Dryborovo.

Mit einem tiefen Seufzer legte sich Hoppe auf den nächsten Stengel. Er wühlte sich auf einmal in die Föhren, die Föhren waren ihm die geworden in den kühnen Schmirrtiefeln. Nun merkte er es erst, daß er schon viel zu weit gegangen war; der Gutshof von Dryborovo lag ihm bereits im Rücken. Nur Schanzröhre wollte noch von dort bis hierher. Hier hing schon Niemesch an.

Niemesch — Im, auch ganz nett! Der Niemesch plagte sich redlich, das mußte man zugeben. Die Brache war auch schon umgeben, — da stand eine Drillmaschine — aber — aber, der hat jetzt erst ein! Mit liebendem Stolz verglickend, schickten des Inspektors Augen hinüber und herüber: mit Dryborovo war's nicht in einem Atem zu nennen! Dort, mitten im Acker, lag ein Luch! Ja, Niemesch war etwas naß — habe, trotz allen Drainierens entzünden zu naß — und sich, wie unermittelt, gleich neben dem kühnen Land wieder ein Sandstiefeln! Im, kompaktierte Befehlung.

Kopf schüttelnd war Hoppe aufgefunden und niedergelassen zum Lämpel. Nun fand er an dessen Rand, zwischen dem Weidensbüschel und am Ende ins Wasser.

(Fortsetzung folgt.)



# Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 24. Juli.

Eröffnung der Sitzung um 10.25 Uhr.  
Das Haus tritt in die Beratung der Interpellationen ein.  
Präsident (D. N.), Seinge (D. V.) und Gen. über die Landwirtschaft

In der Begründung der Interpellationen sagte Abg. Witthoft (D. V.): Würden die Absichten der Denkschrift des Wirtschaftsministers bewilligt, so würde der freie Handel zum größten Nachteil für die Aufrechterhaltung des Handels und der Industrie ausgeschaltet werden. Wir verlangen die schleunigste Befreiung der Außenhandelsstellen. Sie sind eine ungeheure Erleichterung für die kaufmännische Tätigkeit und können zur Quelle von Reichtümern mit anderen Völkern werden. Der Freihandel ist ein gut funktionierender Regulator der Preisverhältnisse. Er wird den Preiswucher verhindern und unsere Valuta bessern. Erleichtert sich nicht nach einem bestimmten Plane auf längere Zeit hinaus erzwingen. Was unser Staat braucht, ist eine gut ausgebildete Truppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Arbeit. Wichtig sind gesunde Finanzen und Sparsamkeit, gerechte Steuern, freie Entfaltung der gesamten Wirtschaft, Zwang nur nach für Brot und Fleisch, Aufhebung aller Kriegs- und Zwangsverordnungen, Sozialisierung mit Maß, Schutz den Auslandsdeutschen. (Beifall rechts.)

Reichsminister Schmidt: Trotz der Blockade sind unsere Ausfuhrer nicht allzu ungünstig. Unser Boden, die Bergwerke und Verkehrsstraßen können bald wieder leistungsfähig gemacht werden, sobald nur erst wieder die Arbeit einsetzt. Das Reichswirtschaftsamt wird versuchen, die Interessenkonflikte und Gegensätze, die entstehen, zu beseitigen. Ein hartes System kann es nicht aushalten, sondern es muß nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien verfahren. Eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Sobald das gesamte Interesse es einigermassen zuläßt, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Ausfuhrer unbeschränkt zu gestalten, geht bei der gegenwärtigen Streiffrage und dem Stande der Valuta nicht an. Dagegen wollen wir die Ausfuhr von Luxusartikeln und solcher Artikel, die wir im Lande einheben können, oder deren Abfuhr im Lande haben nach Möglichkeit fördern. Auch die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle. Wichtig ist es, unserer Textilindustrie die notwendigen Rohstoffe zuzuführen. Die Rohstoffversorgung eröffnet überhaupt ein reiches Gebiet des Handels. Der Großhandel wird bei genügender Aufsicht keine Monopolstellungen erhalten.

Es folgen die Interpellationen Dr. Seinge (D. V.) und Genossen und Arnstadt (D. V.) über den Landarbeiterstreik.

Zur Begründung ergreift Abg. Dufke (D. V.) das Wort und führt u. a. aus: Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beendet, aber er kann jeden Augenblick wieder neu ausbrechen. Verbredliche Agitatoren sind im Lande tätig, um mit waffenähnlichem Geld die Landarbeiter zu neuen Streiks aufzuregen. Am liebsten der unehrlichen Gefahr hätte die Regierung die Pflicht, endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermisset haben.

Abg. Behrens (D. N.): Die Not, die aus einem Landarbeiterstreik für die Landwirtschaft entstehen müßte, wäre die Not des ganzen Volkes. Wir verlangen deshalb von der Regierung Ermächtigung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Naturalabgabe anzugestatten und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens.

Reichsarbeitsminister Schüde: Jeder von uns wird den Ausbruch des Landarbeiterstreiks auf das tiefste bedauern, aber es darf durchaus nicht verschwiegen werden, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in der rücksichtslosen Ausnutzung der Konjunktur ihren Arbeitern ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben. In Vorbeugungsmahregeln ist außer der bereits erwähnten Landarbeiterordnung noch folgendes gesehen bezug genommen: Ein Erlass, der Wilsons Forderungen der Landarbeiter vorbeugen soll, Ausbau der Festlegung des Tarifwesens; endlich sind Verhandlungen im Gange, in wieweit eine Haftung einzutreten hat für den Vertragsbruch, und zwar nicht nur durch die Arbeitnehmer, sondern vor allen Dingen auch durch die Arbeitgeber. In keinem Falle ist etwa beabsichtigt, das Streikrecht irgendwie anzuzweifeln oder einzuschränken.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, die Verbreitung der Interpellationen mit der politischen Aussprache zu verbinden.

Abg. Krähig (Soz.): Das kapitalistische Antikristliche Regime hat damit geendet, daß die blühenden Ähren deutschen Wirtschaftens in ein riesenhaftes Trümmerfeld verwandelt worden sind. Dem Programm, das uns gestern der Ministerpräsident entwirft, hat stimmen wir im großen und ganzen zu, aber wir müssen fragen, wo bleibt der Staatsgerichtshof, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die alles dieses Elend verschuldet haben. Wir wollen durch das internationale Proletariat zu einem internationalen Abkommen gelangen. In der sozialdemokratischen Weltanschauung ist kein Platz für Müßiggänger. Die Sozialisierung muß durchgesetzt werden, wenn auch nicht in allen Wirtschaftszweigen. Wir verlangen eine großzügige Sozialpolitik neben der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz der lebenswichtigen Betriebe gegen die Gewalt. Wir wünschen den Belagerungsstand zum Tausch, aber die Sparlisten müssen erst einziehen, daß sie sich bei ihrer Politik der Handgranaten blutige Hände holen. Die Selbstzerfleischung des Volkes muß aufhören. Alle Kräfte müssen zusammenstehen, damit unser deutsches Volk nicht untergeht.

Am 22 Uhr vertagt sich das Haus.  
Weiterberatung Freitag vormittag 10 Uhr; außerdem kleine Anfragen.

Weimar, 24. Juli. Ueber die Kriegsgefangenenfürsorge sprach Ministerpräsident Bauer in seiner gestrigen Rede noch folgendes: Die Fürsorge für Kriegsgefangene, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene wird den militärischen Behörden genommen und vollständig den Zivilbehörden unter der Leitung des Reichsarbeitsministeriums übertragen. Ramentlich die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß auf völlig neue Grundlagen gestellt werden. Diese Arbeit wird mit allen Kräften gefördert, unter aktiver Mitwirkung von Vertretern der Kriegsbeschädigten-Organisationen, wie überhaupt bei der Durchführung der Fürsorge Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen in weitestem Maße mit herangezogen werden können. (Beifall.) Ich freilich allen Wünschen Rechnung getragen werden kann, ist aber eine der Milliarden, die der Verdrängung gedient haben, für den inneren Aufbau des Volkes verwandt worden wären.

Weimar, 24. Juli. Im 12. Steueraussschuß drachten gestern die vereinigten Regierungsparteien Zentrum und Sozialdemokratie bei der Beratung der Zinswarensteuer einen Antrag ein, bis zum 31. März 1921 ein Zinsholzmanopol einzuführen. Der Antrag soll mit allgemeiner Zustimmung in den § 1 des Gesetzes aufgenommen werden.

# Badisch Politik.

## Eingung des Papiergeldes und Abstempelung der Wertpapiere.

Zur genaueren Feststellung der vorhandenen Vermögen, die zur Erfüllung der durch die Steuer notwendig ist, hat sich, wie die Wähler aus Weimar melden, das Arbeitsministerium entschlossen, folgende Maßregeln in die Wege zu leiten: In nächster Zeit wird alles vorhandene Papiergeld eingezogen und durch Guthabene (Zwischencheine) ersetzt, die wieder gegen das neue Papiergeld eingetauscht werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, vorhandenes Bargeld abzuliefern und zugleich die Summe anzugeben, denn er erhält nur so viel zurück, wie er abgegeben hat, während das nicht abgelieferte Papiergeld für ungültig erklärt wird. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und sodann unter Kontrolle gebracht. Alle nicht abgestempelten Papiere verlieren ihren Wert. Ähnliche Maßnahmen werden mit den Verträgen von Gesellschaften vorgenommen, um die dort inposierten Werte festzustellen.

Diese Maßregel der Regierung wird in den weitesten Kreisen lebhaft begrüßt werden. Nicht befriedigt werden die Volksparteier der vertriebenen Richtungen sein, die dem gezwungen sind, ihr Papiergeld, das so reichlich zu Hause — auf dem Lande sogar vielfach in Tuppenschüsseln — aufbewahrt war, herauszugeben.

## Die Durchführung von Kulturverbesserungen.

Der im bad. Landtag von dem Abg. Schön (Dem.) zu erhaltende Bericht über den Gejehentwurf betr. die Durchführung von Kulturverbesserungen ist soeben im Druck erschienen. Der Verichterichter legt vornehmlich den Zustand der Kulturverbesserungen nieder, der dahin geht, die erheblichen Mängel, welche sich gegen die Inangriffnahme von Verbesserungen zeigen, da, wo ein dringendes öffentliches Interesse es erfordert, zu beseitigen. Der Weg ist Verlesung des Gesetzes an das Arbeitsministerium, beteiligte Grundeigentümer anzuwerben zu einer Wassergenossenschaft zu vereinigen. Die Bildung von Wassergenossenschaften war bisher im Wasserrecht geregelt. Das neue Kulturgesetz erweitert die Bestimmungen des bisherigen Wasserrechts. Für Meliorationsarbeiten kommen in Baden vorwiegend Weizenanbau und Verbesserungen in Frage. Ueber die Aufnahme des Gejehentwurfes im Juli 1917 hat der Abg. Schön, daß der Ausschuß grundsätzlich dem Entwurf zugestimmt hat und daß sich keine Partei dem Gejehentwurf widersetzt hat, die zu dem Entwurf führten, entgeg, zumal über diese Entwürfe und Erfolge bei schon durchgeführten Verbesserungen (so aus Bruchsal und Donaueschingen) berichtet werden konnte. Gegenüber im Ausschuß geäußerten Bedenken wegen weitgehender Eingriffe wurde von der Regierung die Zusage gegeben, daß mit der vom Gejeh geschaffenem Gewalt nicht gewirkt werden soll. Demgemäß faßte der Ausschuß den Gejehentwurf, beim Landtag zu beantragen, dieser möge dem Gejehentwurf zustimmen. Der Landtag selbst wird sich in der nächsten Woche mit dem neuen Gejeh befassen.

## Die Ausbildung der Fortbildungsschullehrerinnen.

Das Unterrichtsministerium hat soeben einen Erlass über die Ausbildung der Fortbildungsschullehrerinnen herausgegeben, da nach dem neuen Fortbildungsgesetz der Unterricht an den Mädchenfortbildungsschulen künftig durch Lehrerinnen erteilt werden soll. Um den z. Zt. im Dienst stehenden Volksschullehrerinnen, die sich dem Beruf einer Fortbildungsschullehrerin widmen wollen und den Haushaltungsschülerinnen den Zugang zum Beruf der Fortbildungsschullehrerin zu ermöglichen, wird die Teilnahme an der dazu nötigen besonderen Prüfung erleichtert und an dem Haushaltungsschülerinnen des bad. Frauenvereins unter Leitung des Unterrichtsministeriums besondere Ausbildungskurse abgehalten.

## Aus dem Haushaltsausschuß des badischen Landtags.

Der Haushaltsausschuß beschloß sich in seiner vorgestrigen Sitzung nach mit der Hauptabteilung VII des 5. Nachtrages zum Staatsbudget betr. die Verkehrsanstalten. Der durch die Neuregelung der Dienst- und Angelegenheiten des Eisenbahnpersonals entstehende Aufwand beträgt im Jahre 1918 5 Millionen Mark. Auf den Rest des Jahres 1919 entfallen 5 Millionen Mark, die bewilligt wurden. Die Annahme der von den Beamten und Arbeitervertretungen weiter gemachten Vorschläge würden weitere 9,3 Millionen Mark im Jahre erforderlich machen. Zu ihrer Bewilligung könnten sich Regierung und Ausschuß bei der bedeutenden Lage der Staatsfinanzen nicht entschließen.

Von den Vorkostenzuschüssen, die die Gemeinden leisten, soll ein angemessener Anteil von den Arbeitgebern aufgebracht werden, deren Arbeiter und Angestellten die Wohnungen nach ihrer Lage vornehmlich zugute kommen werden. Eine solche Beteiligung kommt auch für die Eisenbahnverwaltung als Arbeitgeberin in Betracht. Der zu diesem Zweck geforderte Betrag von 2 Millionen Mark wurde bewilligt.

## Erhöhung der Aufwandsentschädigungen.

Das Staatsministerium hat beschlossen, daß für die Dauer der durch den Krieg und seine Folgen verursachten Linderung die Aufwandsentschädigungen der Beamten für auswärtige Dienstleistungen ohne besonderen Nachweis der Notwendigkeit mit Wirkung für die Geschäfte, die vom 1. April d. J. an vorgenommen werden, erhöht werden, wie folgt: Die Uebernahmsgebühren allgemein um 100 v. H. des jetzigen Betrags, die Taggebühren der Beamten um 50—80 Proz. des jetzigen Betrags.

## Prinz Max von Baden.

Prinz Max von Baden teilt gegenüber den Meldungen über seine angebliche Flucht mit, daß er seit dem 21. Juni in Salem ist und es selber nicht verlassen hat. Seine Familie ist drei Wochen in der Schweiz gewesen. Damit dürften alle Gerüchte endgültig erledigt sein.

## Die Schule in der Reichsverfassung.

Jahrelang, jaehelng haben Sozialdemokratie und Lehrerschaft in ganz Deutschland ein Reichsschulgesetz und eine Reichsschulbehörde gefordert. Es ist nicht die Schuld dieser beiden Instanzen, daß die Forderung nach solcher für Jugend und Zukunft so notwendigen Einrichtung noch heute unerfüllt geblieben ist, sondern es sind die reaktionären Parteien gewesen, die sie nicht und ständig die Erfüllung zu hintertreiben gewußt haben, weil sie in der Landtagsstube die Rechte der Lehrerschaft und damit die der ihnen anvertrauten Proletariatskinder auf solche Einrichtungen glattweg und mit weniger Geschrei und Aufhebens erdrosseln konnten. Das „Retten“ der „rechten“ Schulmeister der vornehmlichen Zeit ist nicht über die gelbten, schwarzroten, schwarzblauen oder mit anderen schiefen Farbenkombinationen geschmückten Dudenheften hinaus und erlittet im Gesetzesrat der reaktionär dirigierten hochfertigen Volkseule. Die Schule blieb das Schicksal der Bourgeoisie, wie diese das Werkzeug des Kapitalismus war. Man war systematisch darauf bedacht, ja die Schulfrage aus der verflochtenen Schmutzblase im Reichstag herauszubringen fern zu halten: es mag vielleicht Gefahr ge-

wesen, daß der Zufall dort einmal das Gleichgewicht auf Schulfragenregelung hätte durchbrechen helfen. Die Hintertreibung einer freien Ausgestaltung des gesamten deutschen Schulwesens im ehemaligen Reichstag und ihre einseitig klassenmäßige Lösungen in der Ruffigkeit der Landtagsstube hätten einen gar durchsichtigen Zweck.

Sozialdemokratie und Lehrerschaft — letztere, soweit sie nicht angefränkt worden ist von dem Geist der Gegenrevolution, halten noch heute, jetzt erst recht ihre Forderung nach diesem Reichsschulgesetz und nach dem Reichsschulamt fest. Verlangt hat aber, wie in so vielen Fällen auch in dieser Frage die Nationalversammlung, weil die Bürgerlichen sich fürchteten, die Konsequenz der Revolution zu ziehen und deshalb, wie von jeher auf halbem Wege stehen blieb, aus Angst vor der frischen Luft. Sie lieben noch immer die Ruffigkeit des Traditonellen und bewegen sich noch immer in dem engen Kreise der Vorabendzeit. Der große Zug fehlt und die Erhebung zu großen Gesichtspunkten bleibt ihr fern. Wir in Baden sind froh, daß die Reichsnationalversammlung dem noch größeren Uebel des § 19 der badischen Verfassung durch die entsprechenden Paragraphen der Reichsverfassung ein Ende gemacht hat und fühlen uns versucht, ihr ein Loblied zu singen. Aber eine genaue Durchsicht läßt uns erkennen, daß die Beschlüsse des Reichsverfassungsausschusses in den Artikeln 9, 31 und 31a doch allzusehr nach Kompromiß schmecken.

Wir anerkennen ja alles Geleistete und bemühen uns, möglichst wenig das Bital: es bleibt alles beim Alten anzuführen. Wo wir können es nicht unterdrücken, zu sagen, daß diese Artikel alles andere bedeuten als eindeutig-entschiedene, scharf begrenzte Darstellung des vom Volkswillen Geforderten. Sie bedeuten viel mehr statt eines Versuches klar grundsätzlicher Lösung eine absehbare Verschönerung, die allen gerecht werden möchte und deshalb niemandem zufrieden stellt außer jenen, die stets verstehen, im Trüben zu fischen.

Vor allem mit dem Religionsartikel 31a ist der Zustand gekennzeichnet, der durch das obige Zitat treffend umschrieben ist. Er besagt, daß „Religionsunterricht ordentlicher Lehrgang“ heißt: „er wird in Uebereinstimmung mit den Satzungen der Religionsgemeinschaft erteilt“. Ja, ist das eine Verringerung des alten Zustandes? In dem alten Landtage war doch noch immer irgend eine, wenn auch noch so schwache Möglichkeit vorhanden, der freien Entwicklung ein Hintertürchen zu öffnen, wenn die Reaktionen gar zu tolpatisch waren und mit Fallstaffeln auf ihr Ziel losstürzten. Aber durch diese Fassung ist nun auch diese Möglichkeit genommen und jegliches Vorwärtsdrängen wird im Keime erstickt. Durch diese Fassung ist der konfessionellen Schule eine Verankerung zuteil geworden, wie sie es vordem in Ländern wie Baden nicht kannte. Die Schule wird da, wo sie noch nicht war, zur Konfessionsschule und das Zentrum könnte nach dem Grundsatze „Reichsrecht bricht Landesrecht“ auch bei uns auf die vollständige und reine Konfessionalität der Schule bringen, die wir ja verkleinert in der Simultanschule durch den konfessionellen Religionsunterricht schon haben.

Die Zeitgenössische Lehrer-Verbandsversammlung sagt: Nach dem § 31a wird durch Reichsverfassung der konfessionelle dogmatische Religionsunterricht festgelegt. Unser Volk ist durch den konfessionellen Unterricht und den Zwang zur Religion in immerer Unmündigkeit und Heuchelei erzogen worden. Es ist dadurch tief genug schon gesunken. Soll es daran noch zu Grunde gehen?

Wir brauchen ein freies und wahrhaftiges Geschlecht, das uns hinaufführen soll zur freien und hohen Höhe. „Der moderne Staat proklamiert Gewissensfreiheit, Kultusfreiheit, Toleranz. Ohne diese ist ein modernes Staatswesen undenkbar, unmöglich. Wer die Gewissensfreiheit aufhebt, zerstört das Herz und damit die Lebensfähigkeit des modernen Staates.“

Darum Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Kirche und Schule nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich. Nicht hineinführen und Verschärfen der Gewissenskonflikte, sondern Freieung. Dies ist nur möglich durch die reine weltliche Schule, in der die sittliche Erziehung dem Moralunterricht überwiegen ist.

Wir wünschen, daß auch die badischen sozialdemokratischen Lehrer so energisch Stellung nähmen zu den Artikeln der Reichsverfassung und dazu beitragen zur Reinigung und Klärung in der Angelegenheit der Reichsschulgesetzgebung und speziell auf dem Gebiet der Gewissensfreiheit.

# Gewerkschaftliches.

Die Sonderblindelei bei den badischen Eisenbahnen geht weiter. Die in Offenburg abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Badischen Eisenbahnerverbandes hat den Anschlag an den Verband des Deutschen Verkehrspersonals (früher Südd. Verband mit 148 Stimmen abgelehnt. 14 Stimmen waren dafür. 23 enthielten sich der Abstimmung. Für den Anschlag an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner stimmten 114 und für den Anschlag an den deutschen Eisenbahnerverband 60 Vertreter mit 11 Stimmenthaltungen.

Nun liegt es an den einzelnen Mitgliedern des Badischen Verbandes, die Konsequenz aus dem Beschluß der Generalversammlung zu ziehen.

# Kleine Nachrichten.

Bad Nauheim, 24. Juli. Am Dienstag früh wurde in der Ludwigsstraße ein aus Strassburg gebürtiger Kaufmann ermordet aufgehoben. Dem Gestorbenen waren die Uhr, die Geldbörse, Brille und Werkzeuge geraubt.

Biele, 24. Juli. Die hiesige Arbeiterkassette ist gestern in den Zustand getreten, um dadurch die Zurücknahme des vor 14 Tagen angekommenen Jägerbataillons zu erzwingen.

Wien, 24. Juli. Nach einer Grazer Meldung nahmen in Marburg nahezu alle Truppen an dem Aufstand teil. Die wilden Schieberien, bei denen außer Gewehren auch Maschinengewehre und Handgranaten verwendet wurden, forderten mehr als 100 Tote und mehr als 200 Verwundete. Schließlich wurden die Serben von den Kroaten aus der Stadt verdrängt. Den letzten Nachrichten zufolge ist in Marburg wieder vollkommene Ruhe eingetreten.

Brandsbüttel, 22. Juli. Der englische Flieger Murphy, der mit seinem Flugzeug die Post von England nach Köln bringen sollte, stürzte infolge eines Motordefekts bei Bojese mit dem Flugzeug in die Nordsee. Er wurde von dem holländischen Dampfer „Agnela“ aufgefischt und nach Brandsbüttel gebracht. Von den neun mitgeführten Passagieren konnten sieben durch den Dampfer „Agnela“ geborgen werden. Das Flugzeug ist verloren.

Saarbrücken, 22. Juli. Der Bürgermeister von Bellingen, Sohn, der hier in Untersuchungshaft saß, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden. Sohn, der als Hauptmann der Landwehr, Kommandeur eines Pionierbataillons war, wurden in Belgien angegriffene planlose Verdrängungen zur Last gelegt. Er sollte in den nächsten Tagen nach Weisfel gebracht werden, um dort vom Kriegsgericht abgeurteilt zu werden.

Amsterd., 23. Juli. Nach den englischen Blättern vom 21. Juli haben die deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern von Bittington und Radfall in der Nacht vom Samstag auf die Dächer der Baracken mit großen Buchstaben die Aufschrift gemalt: „Lacht uns nach Hause gehen, helft uns heimkehren, geht uns Frieden.“



Schweizer Brief.

Basel, 22. Juli. In der schweizerischen Arbeiterchaft, so wie sie sich zum Sozialismus bekennt, herrscht jetzt bittere Enttäuschung über das Versagen der französischen Sozialisten...

Die Schweizerische Sozialdemokratische Partei ist gegenwärtig daran, ihr Aktionsprogramm zu revidieren...

Aus der Partei.

Gengenbach, 22. Juli. Den Parteigenossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß am kommenden Samstag, 26. Juli, abends 8 Uhr...

Kommunalpolitik.

Gemeindevorsteher-Konferenz für den Bezirk Breiten. Wir weisen nochmals auf die am Sonntag vormittags 8 Uhr im großen Rathssaal...

Geiselsheim, 22. Juli. In der Gemeinderatsitzung, die gestern zum erstenmal seit der Wahl stattfand, wurde u. a. beschlossen...

Eine Gemeindevorsteher-Konferenz für den Bezirk Aßern findet am Sonntag, 27. Juli, vormittags um 9 Uhr im alten Bahnhofs-Hotel in Aßern statt...

Literatur.

Die Mode. Sozialistische Wochenchrift. Herausgegeben von Ratus (Verlagspreis vierteljährlich 6 M., Einzelheft 20 A., Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin)...

Gengenbach, 22. Juli. Das neue Gemeindeparslament (Bürgerausschuß) trat heute erstmals zu einer Sitzung zusammen...

Soziale Rundschau.

Landesversammlung des badischen Landeswohnungsvereins. Die Versammlung des Landeswohnungsvereins in Karlsruhe vom 20. Juli stand völlig unter dem Zeichen des Heimstättenwesens...

Den meisten Eindruck machte die Rede eines einfachen Arbeiters, der kurz sagte, daß bei Rat Renald zugegeben habe, daß das Gesetz den Mietmischer radikal beseitige...

Nach dem Schlußwort war das Resultat der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft; mit allen gegen zwei Stimmen trat die sehr gut besuchte Versammlung der Resolution Engler bei...

Aus dem Lande.

Rastatt. A. Verbrennungstob. In einer hiesigen Möbelfabrik gerieten die Arbeiter einer 18jährigen Fabrikarbeiterin in Brand...

Bühl. Falscher Unfallfall. In der Transformatorstation in Ringelbach geriet der Bezirksmonteur Kott von hier mit der Starkstromleitung in Verührung und wurde auf der Stelle getötet...

Durmersheim, 23. Juli. An die Lebensmittelkommission der Gemeinde. Der hiesige Kommunalverband hat das gutzeit überall zur Verteilung kommende Auslandsmehl...

Vor mehreren Wochen wurden für die bedürftigen Kriegserwitwen von den Bauern Karloffeln gesammelt und soweit sie nicht unentgeltlich abgegeben wurden, den Erzeugern mit 6 Pf. pro Pfund bezahlt...

Geiselsheim, 22. Juli. Ein schweres Gewitter zog am Sonntag über das untere Ringetal, das strichweise beträchtlichen Schaden an den Feldfrüchten anrichtete...

Eine neue Schattenschloßbahn? Die Handelskammer von Strahburg hat den Wunsch nach Paris geäußert, von Deutschland die Erstellung der Rnebislinie durch den Schwarzwald zu veranlassen...

Die Bergesellschaftung des Heilwesens.

(Aus einem Vortrag von Gen. Dr. med. Kohn in einer Versammlung der sozialistischen Beamten und Lehrer in Karlsruhe.)

Wir beobachten, wie in allen Gebieten des menschlichen Lebens, auch auf dem des Heilwesens, eine Erscheinung, die ein Ausfluß unseres unstillbaren Denkens ist...

Über nicht nur Gleichheit vor dem Gesetz ist die Bedingung der Sozialisierung. Auch die Heilwissenschaft und die Heilkunde hat in den Kreis der Bergesellschaftung zu treten...

Die Wohlfahrt der Kranken verlangt aber auch eine bis ins letzte gehende Bergesellschaftung der Heilmittel, Krankenhäuser, die besser und minder gut situierte Kranke unterziehen...

Durmersheim, 23. Juli. An die Lebensmittelkommission der Gemeinde. Der hiesige Kommunalverband hat das gutzeit überall zur Verteilung kommende Auslandsmehl...

Damit diese drei Forderungen auch durchgeführt werden, ist eine weitgehende Selbstverwaltung des gesamten Gesundheitswesens durch die Verstaatlichung Grundbedingung...

Einziges ist das alles Zukunftsmusik. Wie lange noch? War so weit weg fallen die Klänge nicht mehr. Es ist ein Gebot der Ethik, der Kultur (und der Religion als Leitergeheimnis)...



### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 25. Juli.

#### Zur Oberbürgermeisterwahl.

Die vorgestrige Oberbürgermeisterwahl hat einen Ausgang genommen, wie er von Eingeweihten vorausgesehen wurde. Oberbürgermeister Siegrist wird also aus dem Dienst der städtischen Verwaltung ausscheiden, der er nahezu 30 Jahre lang seine Arbeitskraft gewidmet hat. Die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten beider Richtungen waren der Meinung, sich der Stimme enthalten zu müssen, da sie eine Veränderung in der obersten Leitung der Stadtverwaltung für wünschenswert halten. Aber es wird niemand unter ihnen sein, die dem Scheidenden nicht Dank und Anerkennung gönnen, für das, was er in den langen Jahren für die Stadt geleistet hat. Wir haben in Herrn Siegrist immer den tüchtigsten Verwaltungsbeamten geschätzt, sowie dessen unermüdeten Fleiß und Gewissenhaftigkeit. Aber diese Eigenschaften, wenn man sich so ausdrücken darf, war vielleicht eben die Geminnung, die sich ihm entgegenstellte.

Gewissenhaftig wird nun auch der Mann gehen, der in dieser kritischen aller Zeiten als der Geeignete sich erweist, in unserer Stadt das zu sein, was man allgemein wünscht. Wie man sieht, soll die Stelle neu ausgeschrieben werden, es wäre uninteressant, auch die beste Lösung. Neben dem Oberbürgermeisterposten ist auch der des ersten und dritten Bürgermeisters zu besetzen.

Viele sind nun der Meinung, daß die Wahl von drei neuen Männern an die Spitze der Stadtverwaltung nicht wünschenswert ist und man rechnet damit, daß sich unter den Bewerbungen für den Oberbürgermeisterposten auch diejenige des Herrn Bürgermeisters Dr. Paul befinden wird. Wir können und wollen der Entscheidung des Bürgerausschusses nicht vorgreifen, der darüber zu bestimmen hat.

**Sozialdemokratische Bürgerausschuss.** Freitag, heute Freitag, abends 7 Uhr, im kleinen Rathssaal Fraktionsstimmung. Tagesordnung: Beratung der Vorlagen.

**Das Heimstättengezet.** Im großen Saal der städtischen Festhalle fand vorgestern Abend eine öffentliche Versammlung statt, zu der alle großen Beamten, Angestellten und Arbeiterorganisationen eingeladen hatten. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag von Dr. Komfmeier über „Das Recht auf Wohnung“ fand eine lebhaft diskutierte Sitzung statt, die bewies, daß alle einladenden Organisationen einmütig auf dem Boden des Entwurfs des Heimstättengesetzes stehen. Einstimmig wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die im großen Festhalleaal aus allen Teilen der Bevölkerung beauftragte Kommission ist nach Anhörung eines Vortrages von Dr. G. Komfmeier und einer ergiebigen Aussprache der Ansicht, daß die gegenwärtige Wohnungsnot nur dann beseitigt und die Wohnungsfrage in der Weise gelöst werden kann, wenn unter gemeinsamer Mitarbeit der Staat, der Arbeitgeber und der Arbeiterorganisationen einmütig auf dem Boden des Entwurfs eines Heimstättengesetzes getreten wird.“

Sie fordert, daß ein solches Gesetz mit größter Beschleunigung beschlossen wird.“

**Die bis ins...** am 18. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung der Karlsruher Milchabnehmergenossenschaft, welcher der seitige Vorstand des hiesigen Milchamtes Herr Böllin, sowie sein Nachfolger Herr Röhren, teilnahmen, entwickelte der neue Leiter Herr Röhren in kurzen Zügen sein Programm, wie die hiesige Milchabnehmergenossenschaft in Zukunft aufzufassen werden soll. Seine Worte, daß er bestrebt sei, die Produktion und den Vertrieb der Milch in jeder Hinsicht zu fördern, um der Milch, als dem wichtigsten aller Nahrungsmittel, das wie kein anderes berufen ist, unsere zerstückelte

Vollgesundheit wieder aufzubauen, durch eine richtige Behandlung vom Erzeuger bis zum Verbraucher, eine große Wertschätzung zu verdienen, fanden allseitigen Beifall.

In warmen Worten gedachte sodann das Vorstandsmitglied Herr Gaffinger des scheidenden Vorstandes Herrn Böllin, der in schwieriger Zeit die Leitung des Milchamtes übernommen und durch seine weit bekannte und vielseitige Persönlichkeit sowie als guter Kenner des Schwarzwaaltes, wo Karlsruhe seine meiste Milch herbezieht, sehr viel dazu beigetragen hat, daß Karlsruhe in der Milchabgabe den anderen badischen Städten überlegen war. Durch sein einfaches schlichtes Wesen und seinen strengen Charakter hat sich Herr Böllin in kurzer Zeit das Vertrauen der Mitglieder erworben und die Genossenschaft ist sich bemüht, wie viel sie Herrn Böllin zu verdanken hat, daß die Zentralisation und die Organisation des Karlsruher Milchamtes musterhaftig da steht. Dieser Erfolg sei aber nur deshalb möglich gewesen, weil Herr Böllin nicht vom Standpunkt des Beamten, sondern als tüchtiger Geschäftsmann gewirkt hat. Der Vorstehende Herr Kaufmann überreichte dem Scheidenden zum Abschied einen Blumenstrauß, worfür derselbe herzlich dankt.

Man sieht aus Vorstehendem, daß die Zentralisation der hiesigen Milchabgabe jetzt bei den Milchhändlern in gutem Ansich steht, trotzdem gerade sie sich bei der Einführung derselben so energig dagegen gewehrt haben.

**\* Eine Anfrage an den Karlsruher Stadtrat.** Warum kostet hier das Pfund Milch 3.50 M.? Nach der Preisfestsetzung soll doch das Pfund im Kleinhandel aber höchstens 2 M. kosten. Wie kommt das? U. U. M. a.

**Rührr. In der Parteiverammlung,** die am kommenden Mittwoch, abends halb 9 Uhr, im Rähringer Löwen statt findet, spricht Gen. Landtagsabgeordneter Dr. Kraus über „Die Einigungsbeziehungen der sozialdemokratischen Parteien“. Außerdem steht noch eine andere sehr wichtige Frage auf der Tagesordnung, die das Erklären sämtlicher Mitglieder notwendig macht. Auch Volkstreue sind willkommen. Die Genossen werden gebeten, für einen Besuch zu antworten.

**Na. Heute für die Kriegesgefangenen.** Die Brauereigesellschaft normal 6. Sinner in Karlsruhe-Günter hat dem Oberbürgermeister die Summe von 2000 M. zugunsten der heimkehrenden Kriegesgefangenen überwiesen.

**Na. Die Heimkehr der Kriegesgefangenen.** Unter Hinweis auf die Bekanntmachung über die Anmeldeverfahren der Kriegesgefangenen wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß es dem Ausfühler für „Kriegesgefangenenheimkehr“ nur dann möglich ist, rechtzeitig für die zurückkehrenden Kriegesgefangenen vorzubereiten, wenn der Geschäftsstelle der „Kriegesgefangenenheimkehr der Stadt Karlsruhe“ Briefe 23 die in den Volkstreueher erklärlichen Fragebogen, soweit dies noch nicht geschehen ist, nach genauer Beantwortung umgehend abgegeben oder zugesandt werden.

**\* Volkstümliche Musikaufführungen in Stabigarten** finden heute abend von 7 1/2—11 Uhr statt.

### Rekte Nachrichten.

#### Maschinenläsungen bei Siemens Schudert.

Berlin, 24. Juli. Am letzten Samstag wurde in einem Werk der Siemensgesellschaft eine Bekanntmachung der Betriebsleitung herausgegeben, die mitteilte, daß das Werk am Montag wie gewöhnlich zur Arbeit bestimmt wäre. Sieben Personen wurden deshalb sofort entlassen. Die Arbeiterkraft trat daraufhin gütlichen Willen in die positive Richtung. Die Aufforderung der Betriebsleitung zur Arbeitsaufnahme, die bereits gestern Nachmittag ergangen war, blieb heute fruchtlos. Die Arbeiter erwiderten zwar morgens vollständig in den Nachrichten, weigerten sich aber, irgend welche Arbeiten auszuführen. Alles gütliche Bitten der Betriebsleitung wurde mit Nachdruck abgewiesen. Da auf diesem Wege nichts zu erreichen war, wurde der Direktionsausschuss zu einer Sitzung aufgemuntert. Dieser beschloß heute Nachmittag um 4 Uhr, die

gesamten Arbeiter der in Betracht kommenden Werke reiflos auszubehrn. Infolgedessen werden heute rund 10 000 Arbeiter der Siemenswerke entlassen. Welche Folgen diese Maßregel haben wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen.

Berlin, 24. Juli. Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist bereits gestern nachmittag durch geheime Mitteilung der Streik für den gesamten Siemens-Konzern beschlossen und dadurch die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks in Berlin in unmittelbare Nähe gerückt worden. Auch der „Vorwärts“ drückt die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, nach in letzter Stunde zu einer Einigung zu kommen.

Berlin, 24. Juli. Wie der „Abend“ meldet, hat die Porzellan-Maschinenfabrik in Tegel den Kammerpräsidenten, die seit längerer Zeit streiken und hierdurch die Produktion der Porzellan-Abteilungen behindern, jetzt gekündigt. Es ist seitens der Firma in Aussicht genommen, das Tegelwerk überhaupt zu schließen, wenn die Arbeiter weitere Schwierigkeiten machen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein gedeihliches Arbeiten unmöglich ist.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

### Vereinsanzeiger.

**Karlsruhe.** (Verband der Steinarbeiter.) Samstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, halb, Generalversammlung im „Großherzog-Kreidloch“, Weidenstraße. 4550 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Karlsruhe, Samstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, in der „Gewerkschafts-gentrale“, Kaiserstraße 18. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Gewerkschaftskongress in Nürnberg. Referent: Holger G. Schulenburg. Zu zahlreichem Besuch der Versammlung ladet ein. Die Ortsverwaltung.

**Karlsruhe.** (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Setzungsmonteur, Hilfsmonteur und Helfer. Am Samstag den 26. d. M., abends 8 Uhr, in der „Gambinuhalle“ Aushilfliche Versammlung. Berichterstattung von der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss und Stellungnahme hierzu. Alle müssen kommen. 5190.2 Die Ortsverwaltung.

**Karlsruhe.** (Mehrfreunde.) Sonntag, 27. Juli, Tageswanderung nach Ottersteden. — Zum Austragen unserer Monats-schrift wird für angemessene Vergütung ein Sportgenosse gesucht. Derselbe kann sich heute abend im Vereinslokal melden. — Montag abend 8 Uhr Ausflugsfahrt im Vereinslokal. 5204

**Karlsruhe.** (Freiwillige.) Sonntag, 27. Juli, Tagesstour nach Derrern, Teufelsmühle, zurück über Bernsbach. Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie Gönner des Vereins freundlichst ein. Abfahrt Mittelbahnhof 8 Uhr 31 Min. Der Vorstand. 5195

**Durlach.** (Sozialdemokratischer Verein.) Samstag den 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Lamm“ Mitglieder-versammlung mit Vortrag von Landtagsabgeordneter Dr. Kraus über Verfassungsfragen. Um zahlreich Hies erscheinen wird ersucht. Der Vorstand.

**Wondelshelm.** (Sozialdem. Partei.) Samstag, 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Karl Bauer Mitgliederversammlung. Infolge wichtiger Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen notwendig, auch Volkstreue sind bestens eingeladen. 5165

### Unsere Filialinhaber,

welche den „Volkstreue“ durch die Post überwiesen erhalten, wollen die für August benötigte Bezugszahl spätestens bis zum Montag den 28. d. M. uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. August nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volkstreue“.

**Gesucht:**  
**Gute Weinkeller**  
möglichst mit Fassern.  
Offerten unter Nr. 5150 an das Volkstreuebüro erbeten.

**Auskunftei Bürgel**  
300 Geschäftsstellen  
Garantiedepot 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements  
Auskünfte für jedermann. 2768  
Westendstr. 3, III.  
Bürozeit: 7 1/2—4 Uhr durchlaufend.

**Eltern**  
die aus der Kirche ausgetreten sind  
werden hiermit auf den  
**freireligiösen Religionsunterricht**  
aufmerksam gemacht. Jeden Samstag 3—5 Uhr  
Kinderschule (Kriegstr.). Anmeldung daselbst, Zimmer 18,  
hor 3 II. 1057

**Oellabrik Königsbach.**  
Täglich Verarbeitung von Reps.  
Mahlsteine sind erforderlich. 4011

**Pflechtenleiden**  
dauernde Bes. durch  
deutsches Reohapat.  
Prosp. grat 40582  
Wiltberg & Co., Stuttgart, 204 a

**Bettmäßen**  
Kein Bettmäßen mehr.  
Alter u. Geschlecht angeben.  
Auskunft umsonst.  
Vers. Medika la München  
S. W. 7.

**Volks-Buchhandlung**  
der sozialdemokratischen Partei  
Karlsruhe, Adlerstr. 16.

**Die Bedeutung der Marx'schen Kapital-Kritik**

Eine Apologie des Christentums  
vom Standpunkte der Volks-  
wirtschaftslehre und Rechts-  
wissenschaft von W. Hohoff.  
Geb. Mk. 6.00. Porto 30 Pfg.

**Hobel- und Sägewerk**  
Wir empfehlen uns  
in sämtlichen  
Maschinenarbeiten  
für Schreiner und  
Zimmerleute bestens

**Geschwister Kistner**  
Sofienstr. 167 Karlsruhe Sofienstr. 167

**Handkäse.**  
In den allgemeinen Lebensmittel-Verkaufsstellen  
von Nr. 291 bis 314, in den Filialen der Firmen  
Pfaundt u. Co. und Emil Bucherer, sowie in  
der Drogerie Carl Roth gelangt an die eingetragene  
Handkäse am Samstag, den 26. Juli 1919  
Es wird abgegeben:  
auf die Haushaltmarke A Nr. 57 1 Stück  
auf die Haushaltmarke B Nr. 57 2 Stück  
Preis 48 Pfennig pro Stück.  
Karlsruhe, den 24. Juli 1919. 5202  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Kohlensäure Bäder**  
aus natürlicher Kohlensäure ohne Essenzen hergestellt.  
Mit bestem Erfolg angewendet bei **Nervenerkrankungen,**  
**Neuralgien, Frauenkrankheiten, Magen- u. Unterleibs-**  
**leiden, Herzaffektionen etc.** Vollkommene Gebunden-  
heit der Kohlensäure mit dem **Friedrichsbad**  
Badewasser, kein Gorgon! —  
Vorzügliche Wirkung! 982 136 Kaiserstrasse 136

**Hausschuhe - Verkauf**  
sowie Reparaturen werden  
angenommen. Heint. Des.  
Weingarten. Schillerstr. 6.  
Einf. Masch. u. Nacht-  
stisch zu verkaufen 5205  
Marienstr. 92 I.

**Bohnenständer**  
neue und gebrauchte, ver-  
schiedene Größe sind zu  
haben bei 5193  
Karl Mayer, Käferei  
Eumboldstrasse 11.

**Jüngere Monatsfrau**  
oder Mädchen für zwei  
Stunden Hausarbeit gesucht.  
Sofienstr. 58 II, I. Zr.  
**Caschenuhren**  
auch reparaturbedürftig,  
kauft 4007  
**Levy, Anu-Verkaufs-**  
geschäft  
Markgrafenstraße 22.  
Zu kaufen gesucht  
Betten und Sofa  
wenn auch besetzt. Postkarte  
genüht. 5158  
Wunsch, Marienstr. 86 III.

**DRUCKSACHEN**  
ALLER ART  
für Behörden, Handel u. Ge-  
werbe sowie privaten Bedarf  
liefert in geschmackvoller u.  
preiswerter Ausführung in  
:: Schwarz- und Buntdruck ::  
**Buchdruckerei „Volkstreue“**  
Karlsruhe Geck & Cie, Luisenstr. 24

**Blinden-Arbeit.**  
Haushaltungs - Wästen  
und Kofhaar - Wästen  
empfiehlt Wily. Gooß,  
Bittoriastr. 6. 4013



**Freie Turnerschaft Karlsruhe**  
Am Freitag, den 25. ds. Mts., findet im „Querhahn“ eine **Abteilungs-Versammlung** der Stadt, abends um 8 1/2 Uhr statt, wozu unsere passiven sowie aktiven Turngenossen dringend eingeladen sind. Erscheinen aller Turngenossen Pflichtsache.  
Der Turnwart.



**F. C. „Franconia“ 1895 e. V.**  
Samstag, 26. Juli 1919  
**Spiele-Versammlung** im „Waldhorn“  
Sonntag, 27. Juli 1919  
Sportplatz „Nordstern“ Miltheim  
**Nordstern**  
L. u. H. Mannschaft gegen 5196  
**Franconia**  
A. u. H. Mannschaft. Beginn 1/4 Uhr und 2 Uhr nachmittags.  
Abends 6 Uhr:  
**Abend-Unterhaltung** mit Theater im „Burghof“.  
Der Vorstand.



**Phönix - Alemannia.**  
Jeden Dienstag u. Donnerstag Abend Fußball u. L. A. Training.  
Biertisch: Freitag Abend im „Löwenrachen“.  
Samstag, den 26. Juli, abends 6 Uhr,  
**L. Mannschaft** gegen  
**K. F. V.**  
auf dem K. F. V.-Sportplatz. 5201  
Unsere Mitglieder haben zu diesem Wettspiel gegen Vorzeigen ihrer Mitgliedskarte freien Eintritt.  
Der Vorstand.

Die Maurer- und Installationsarbeiten zur Herstellung der Entwässerungsanlagen der Gebäude auf dem westl. Teile des Personenbahnhofes Karlsruhe öffentlich zu vergeben. Pläne Bedingnisheft u. Arbeitsbeschränke auf dem Zimmer 82 d. Hochbauabteilung hier II. Stad der neuen Elguthalle, dort Angebotsverordnungen zu erheben. Verschlüsselt u. postfreie Angebote bis spätestens Montag, den 4. Aug. 1919 vorm. 10 Uhr an unterfertigte Stelle einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. 5197  
Karlsruhe, d. 21. Juli 1919.  
**Bahnbauspektion I Karlsruhe.**

**Häuser**  
mit und ohne Geschäfte sowie Liegenschaften aller Art zu verkaufen durch das **Rechtsanwaltsbüro M. Busam,** Karlsruhe, Herrenstr. 38. Telefon 5530.  
**Mandolinen, Gitarren, Zithern** werden fortwährend angekauft in  
**Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft,** Kronenstr. 52. Tel. 3747

**Sängerbund Vorwärts**  
18 90  
Karlsruhe  
Samstag, den 2. August, abends 1/8 Uhr, im Vereinslokal „Grünwald“, Rippurrstr. 2 **halbjährl. General-Versammlung** wozu wir unsere Mitglieder zur regen Beteiligung auffordern. Anträge müssen schriftlich bis Freitag, den 1. August eingereicht sein. 5163  
Die Verwaltung.

**Bruderbund Tanzstunde.**  
Sonntag, 27. Juli 1919  
**Tanzausflug**  
ins Jagdhaus nach Ettlingen, wozu die Mitglieder des Gem. Chors, Freunde und Gäste freundlichst eingeladen sind. Abfahrt mittags 2 1/2 Uhr mit der Miltalbabst. 5165  
Ab Samstag, den 26. Juli 1919, finden die Tanzstunden jeweils Mittwoch und Samstag abends im Saale der „Stadt Karlsruhe“, Miltburg, statt.

**Die Bekleidungs-Ausgabestelle des Bezirkskommandos**  
befindet sich nicht mehr in Durlach, neue Train-laserna, sondern in Karlsruhe, Neue Artillerie-Kaserne, Moltkestrasse 8 (Endstation der Straßenbahnlinie 8), Eingang Aufmaustr., Zimmer 175, 4. Etod.

**Meldestunden an Wochentagen 8-1 Uhr mittags.**  
Wegen Stoffmangel wie in Berücksichtigung der jetzt zurückkehrenden Kriegsgefangenen können vorläufig nur die kriegsbeschädigten entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften wie diejenigen, die ihre Bedürftigkeit nachgewiesen haben und beim Bezirkskommando vorgemerkt sind, mit einem Anzug abgefunden werden.  
Alle diese vorgemerkten Heeresklassen werden der Reihe nach, wie sie angemeldet sind, durch Karte zum Empfang ihres Anzuges vorgeladen.  
Ein vorzeitiges Erscheinen ist zwecklos.  
Karlsruhe, den 22. Juli 1919. 5166  
**Bezirkskommando Karlsruhe.**

**Tages-Ordnung** zu der am **Dienstag, den 29. Juli 1919, vormittags 8 Uhr,** stattfindenden **Bezirksrats-sitzung.**  
Öffentliche Sitzung.  
Verwaltungssachen.  
1. Besuch des Wirts Karl Wagner hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Meinststraße 22 „zur Stadt Karlsruhe“.  
2. Besuch der Eheleute Georg und Elia Jakob hier um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zur Krone“ in dem Hause Meinststraße 77 in Miltburg.  
3. Besuch des Konditors Fritz Baier hier um Erlaubnis zum Betrieb des Konditorei-Raffees mit Branntweinschank in dem Hause Kaiserstraße 70 hier.  
4. Besuch des Johann Rau um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Luisenstraße 14 dahier.  
5. Besuch des Max Eckardt um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Karlstraße 21 „zum roten Schaf“ dahier.  
6. Besuch des Otto Pfeifer um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Karlstraße 69 dahier.  
7. Besuch des Julius Huber, Metzger in Engenhein, um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Anker“ in Engenhein.  
8. Besuch des Karl Hammerer, Metzger in Liedolsheim um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in Liedolsheim.  
9. Gebührenänderung der Kaminsfeger beir.  
Nicht öffentliche Sitzung.  
10. Festsetzung von Unterstützungen für Familien in den Dienst getretener Mannschaften. 5161  
Karlsruhe, den 22. Juli 1919.  
Bezirksamt. O. 3. 217

Die Wahl des Oberbürgermeisters beir. In gestriger Wahltagfahrt haben von 122 Wahlberechtigten 47 abgestimmt. Auf Oberbürgermeister Karl Siegrist entfielen 37 Stimmen. 10 Stimmzettel waren ungültig und zwar 9, weil sie keinen Namen enthielten, und 1, weil der Name durchstrichen war. Es kam somit eine gültige Wahl nicht zustande.  
Die Wahllisten liegen während acht Tagen nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung auf dem städt. Hauptsekretariat I (Mathaus, 2. Stad, Zimmer Nr. 74) zu Jedermanns Einsicht öffentlich auf.  
Etwasige Einreden oder Beschwerden gegen die Wahl müssen binnen der gleichen Frist beim Bürgermeisterrat oder beim Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden.  
Karlsruhe, den 25. Juli 1919.  
Bürgermeisteramt. 5169

**Sportplatz an der verl. Moltkestrasse**  
Samstag, den 26. Juli, nachmittags 6 Uhr  
**Fussball-Wettspiel** 5199  
**Phönix-Alemannia** gegen **K. F. V.**  
Preise der Plätze: 2.50, 2.—, 1.50 und 1.— Mk einschl. Lustbarkeitssteuer. Die Mitglieder beider Vereine zahlen 50 Pfennig.

**Bekanntmachung.**  
Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.  
Die Ziehung der 2. Klasse der 14. Preussisch-Süddeutschen (240. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 14. und 15. August 1919 stattfinden.  
Die planmäßige Erneuerung der Lose der 2. Klasse hat bis spätestens Freitag, den 8. August d. J., abends 6 Uhr, bei den zuständigen Badischen Lottereeinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.  
Karlsruhe, den 25. Juli 1919. 5198  
**Landeshauptkasse als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.**

Den Vollzug der Wahl zur außerordentlichen Generalsynode, hier die Aufstellung der Wählerliste für die Kirchengemeinde Karlsruhe betr.  
Mit Bezug auf unsere in den Siegen Tageszeitungen veröffentlichte Bekanntmachung vom 19. Juli ds. J., werden die stimmberechtigten Mitglieder unserer Kirchengemeinde wiederholt aufgefordert, sich zur Wählerliste anzumelden. — Anmeldefrist: Dienstag, den 22. Juli bis Montag, den 4. August 1919.  
Anmeldestellen: Konfirmandensaal Friedrichs-Platz Nr. 15 und die Bezirks-Pfarrämter.  
Alles Weitere ist aus obiger Bekanntmachung zu ersehen.  
Karlsruhe, den 24. Juli 1919.  
Evang. prot. Kirchengemeinderat, Fischer. 5164

Wir suchen eine erfahrene **Geflügelwärtlerin** die auch die Wartung eines größeren Kanarienvogelbestandes mitzubedenken hat.  
Melbungen mit Beugnissen über bisherige Tätigkeit in der Geflügelzucht unter Angabe der Gehaltsansprüche bei freier Station erbeten.  
**Städt. Krankenhaus Karlsruhe.**

**Städtisches Konzerthaus.**  
Freitag, den 25. Juli 1919. 5107  
**Die Faschingsfee.**  
Operetta in drei Akten von Dr. A. M. Willner und R. Oesterreicher. Musik von Emmerich Kálmán.  
Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/11 Uhr.

**Spielplan vom 26. Juli bis 3. August.**  
Im Konzerthaus. Samst. 26. „Die Rose von Stambul“ 7 1/2. — Sonnt. 27. „Liebe im Schnee“ 7. — Dienst. 29. „Die Csardasfürstin“ 7 1/2. — Mittw. 30. „Die Faschingsfee“ 7 1/2. — Donnerst. 31. Zum erstenmal: „Die Landstreicher“ 7 1/2. — Freit. 1. August „Liebe im Schnee“ 7 1/2. — Samst. 2. „Die Landstreicher“ 7 1/2. — Sonnt. 3. „Die Faschingsfee“ 7. 5197

**ALA Chemfabrik AG Frankfurt/M.**  
bester Schuh-Putz.  
Zentralbüro: Bockenheimer-Ldstr. 19  
Tel. Taunus 1761/62, Hansa 7978.

**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

**Super-Trink**  
Ist Ihnen geschickt trotz der **Getränknot**, wenn Sie zur Bereitung von **Gastfrank** Dr. Schweigers **Auswoschubaus** **Lamavino** verwenden. Dieses altbewährte Getränk einfach mit Zucker im Mörser angelehrt verquillt rasch zu einem alkoholfreien Getränk, das wie guter Schmirnisch schmeckt u. an Güte u. Bekömmlichkeit unübertroffen ist. 150R. 100R. 75R. 50R. 12.— 9.— 7.50 5.50 in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften.  
**Nährmittelwerk Dr. Schweiger, Ettlingen**

**Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Geburtsnachrichten. Jul. Hartung von Beckenbunde Eberdreeher hier, mit Anna Krauß von Kalsburg. Edwin Gröbner von Redarwimmersbad, Dtl.-Ing. und gepr. Geometer in Aus. mit Emma Wackerlein von Reunarkt. Alois Wagner von Wien, Verkehrsbier, mit Friederike Freyer Bin. von Lippertsreute. Wilh. Rind von Reiolesheim, Premier hier, mit Karol Schropp von München. J. Hartheil von Durlach, Premier hier, mit Elise Sauter von hier.  
Geburten. Juliana Regula Victoria, Vater Aug. Hammacher, Vater Franz Benjamin, Vater St. Specht, Kraftragnenbesitzer. Willi Ebnard, Vater Wilh. im Altau, Magaziner. Lino Babbette, Vater Josef Wobner, Schuhmacher. Marg. Herta Anna Marie, Vater V. Schönfeldt, Schauspieler. Erich Alexius, Vater Phil. Himmel, Wachtm. Gertrud Elzab., Vater Erich Hölle, Kaufmann. Eva Brigitte, Vater Ludwig Marum, Diebstahlsankw. und Staatsr. Antonie Margarete, Vater Friedrich Feit, Bahnarbeiter. Alfred Hermann, Franz Karl, Zwilling, Vater Germ. Staub, Flechener und Justizfaturer. Natalie, Vater Anton Licht, Schuhmachermeister. Karl Hermann, Vater Josef Blum, Automobilführer. Karl Josef, Vater Karl Admann, Rechtskonsulent. Andreas Edwin, Vat. Bernh. Hud, Wäfer. Antonie, Maria, Vater Anton Schindler, Schneider. Ulfriede, Wilhelmine, Vat. Ado. Schleiter, Maschinenarbeiter. Anna Wilhelmine, Vater Friedrich Hüter, Stadttagelöhner. Emma und Maria Frieda, Zwillinge, Vater Leopold Starf, Stad. ogelöhner.

**Brettania-Sandalen**  
In Karlsruhe zu haben in den Schuhhäusern: Stern, Karl-Friedrichstr. 22 Jos. Eitlinger, Kaiserstr. 48 Nath. Simon, Kaiserstr. 201 Erika, Ludwigplatz Birke, Amalienstr. 23 Beckmann, Kaiserallee 53 Kury, Kaiserallee 43 J. Eichelhardt, Rheinstr. 49 Jos. Deschle, Adlerstr. 49 Jos. Gütz, Schützenstr. 44 F. Rümmele, Marienstr. 51 Sporh. Freundlieb, Kaiserstrasse 185 Reformhaus Neubert, Kaiserstrasse 118. 5037

**Durlach:**  
J. Leyser, Hauptstrasse Gottfr. Stiefel, Hauptstr. W. Scharmann, Hauptstr. Konr. Steldinger, Adlerstr.

**Ettlingen:**  
Schuhh. Baenis, Marktpl. Kaufh. Schneider, Marktpl.

**Knielingen:**  
Friedr. Klotter, Hauptstr. E. Dorsch, Hauptstrasse.

**Betten**  
günstig für Brautleute. Polster, lack., parier. und einzelne Höhe, Koffhaar u. Epprasmar. Schränke, Stühle, Spiegel, Näh- und and. Tisch, Nachtsch. und Waldkommoden und sonstig. Kleinsmöbel, Linoleum und andere Teppiche. 5144  
Kostenträge 93 p.

**Daniel's Konfektionshaus**  
Karlsruhe, Wilhelmstrasse 34. 5194  
**Fackenkleder** in guter Ware Mk. 114 an  
**Fackenkleder** mit Seidenfutter Mk. 140 an